

Neue Energie für Bayern

- von **Susann Biedefeld**, MdL,
stellvertretende Vorsitzende und energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Der Schlüssel zum erfolgreichen Klimaschutz ist die Energiepolitik. In den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr entstehen jene Treibhausgase, die bis 2020 um 40 Prozent zu mindern Deutschland zugesagt hat. Weiter hat sich Deutschland darauf verpflichtet, den Beitrag erneuerbarer Energien ebenfalls bis 2020 auf 20 Prozent zu verdreifachen. Dies müssen auch die verbindlichen Ziele für den Freistaat Bayern sein.

Diese Vorgaben wollen wir festschreiben in einem bayerischen Klimaziel. Die Fortschritte sollen durch einen jährlichen Klimabericht überprüft werden, mit dem auch die Effizienz der einzelnen eingeleiteten Maßnahmen kontrolliert werden kann.

Wichtige Impulse durch die Bundesregierung.

Eine zukunftsfähige Energiepolitik kann nur gelingen, wenn wir fossile und nukleare Energieträger Schritt um Schritt ersetzen, indem wir Energie erst gar nicht verbrauchen, indem wir sie optimal nutzen und indem wir erneuerbare Energien einsetzen.

Die SPD-geführte Bundesregierung und die Große Koalition haben die Weichen richtig gestellt: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seinen Einspeisevergütungen, die Marktanzreizprogramme, das Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz (KWK), die Energieeinsparverordnung, das Programm zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes, die Beimischungspflicht von Biokraftstoffen, das Marktanzreizprogramm zur Förderung von erneuerbaren Energien im Wärmebereich, das Emissionshandelsgesetz, das Regenerative Wärme-gesetz sind – verbunden mit dem Atomausstieg - erfolgreiche Schritte in die richtige Richtung.

Seit 1998 sind übrigens in Deutschland mehr als 260 000 neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden. Die Menschen in Bayern machen mustergültig mit.

Bayern ist gefordert.

Nur die CSU-Staatsregierung hat sich seit 1998 komplett zurückgezogen und – bis auf wenige Pilotprojekte und Modelle – keine unterstützenden Maßnahmen ergriffen.

Diese Verweigerung haben die Menschen in Bayern nicht verdient. Schließlich geht es um unser Klima, unter dessen Wandel wir alle leiden müssen. Und es geht um eine zukünftig erschwingliche Energieversorgung und um Arbeitsplätze in Technologiebereichen, die in

Zukunft globale Wachstumsbereiche sein werden. Ausklinken ist nicht nur wegen des Klimawandels unverantwortlich. Es ist auch töricht und kurzfristig angesichts der Möglichkeiten, die sich hier für die bayerische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt eröffnen.

Das Kurzgutachten.

In den letzten Monaten wurde im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion das Kurzgutachten „Bayerns Weg zum nachhaltigen Klimaschutz – ein Szenario der zukünftigen Energieversorgung“ erstellt. Autoren sind die renommierten Fachleute **Dr.-Ing. Harald Bradke**, Leiter Competence Center „Energiepolitik und Energiesysteme“, Fraunhofer Institut für System und Innovationsforschung, Karlsruhe, und **Dr.-Ing. Joachim Nitsch**, bis Ende 2005 Leiter der Abteilung „Systemanalyse und Technik“ am Institut für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Stuttgart; derzeit Berater und Gutachter für innovative Energiesysteme und Klimaschutzstrategien im Energiebereich.

Das Gutachten belegt nach einer gründlichen Bestandsaufnahme, dass auch Bayern auf Atomkraft verzichten kann, dass eine Verringerung des Einsatzes fossiler Energieträger und damit eine Absenkung der Treibhausgase möglich ist und dass ein Festhalten an der Atomkraft schädlich für Energiesparen, höhere Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien ist.

Als konkrete Betätigungsfelder schlagen Dr. Bradke und Dr. Nitsch vor:

- ◆ **den verstärkten Ausbau von Kraft-Wärme-Koppelung (KWK)** einschließlich Kälteerzeugung: Hier muss die Staatsregierung Demonstrationsvorhaben mit fortschrittlichen KWK-Technologien im dezentralen Bereich in unterschiedlichen Anwendungen und in ausreichend großer Vielfalt anbieten und mit Anreizprogramme die breite Einführung von dezentraler KWK unterstützen. Entsprechend sollen kommunale Energiekonzepte aufgestellt sowie Beratungs- und Fortbildungsangebote gemacht werden. Dazu gehören auch die Unterstützung von kommunalen Nahwärmenetzen in Neubaugebieten und im Gebäudebestand und verlässliche Förderbedingungen.
- ◆ **den Ausbau erneuerbarer Energien für den Wärmesektor,**
- ◆ **den Abbau restriktiver Regelungen** bei der Genehmigung von erneuerbaren Energien wie Windkraftanlagen sowie Anlagen der Tiefenerdwärme (Geothermie) und der Oberflächengeothermie (Wärmepumpen).
- ◆ ergänzend zu den Bundesprogrammen **die Unterstützung der energetischen Sanierung von Gebäuden** – mit vorbildhaftem Handeln des Staates und der öffentlichen Hand.
- ◆ **die Umstellung von Kühleinrichtungen** vom Strombetrieb auf KWK-Kühlung und Solar-Kühlung.

- ◆ **der schrittweise Ersatz von Stromheizungen** (Direkt- und Nachtspeicherheizungen) mit Umstellungsanreizen und Fristsetzung bis zum Verbot.
- ◆ **im Verkehrsbereich** den attraktiven Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, vorrangige Förderung der Schiene gegenüber der Straße, verstärkter Einsatz von Agrokraftstoffen, verkehrsbeeinflussende Maßnahmen wie Verkehrslenkung, Verkehrslogistik, Lkw-Maut und kombinierter Ladungsverkehr sowie technische Entwicklung zur Verbrauchsminderung wie verbesserte Motoren, Reifen und Fahrzeugdesigns.

Das Landesenergieprogramm. Die Eckpunkte.

Aufbauend auf diesem Gutachten wollen wir ein Landesenergieprogramm entwickeln, das alle Möglichkeiten des Energiesparens, der höheren Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien einbezieht. Bereits erkennbare Eckpunkte müssen sein:

Staatliche Unterstützung und Anreizprogramme: Bayern darf sich nicht auf die Förderung weniger Projekte und Modellvorhaben beschränken, sondern muss Landesmittel einsetzen. Neben der unmittelbaren Unterstützung müssen dazu auch zinsverbilligte Kredite der Landesbank und der LfA Förderbank an Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften, Handwerk und Mittelstand sowie private Haushalte ausgereicht werden. Geförderte Maßnahmen sollen sein:

- o ein Sonderprogramm zur Unterstützung der Kommunen bei der Wärmesaniierung und beim Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden und Liegenschaften,
- o ein Ökokreditprogramm mit zinsverbilligten Darlehen für Private zur Wärmedämmung in Gebäuden – verbunden mit dem Einsatz erneuerbarer Energien,
- o die Verbreitung von dezentralen KWK-Anlagen,
- o der Ausbau und die Umstellung öffentlicher Verkehrssysteme auf Landes- und kommunaler Ebene,
- o die Umstellung von Stromheizungen,
- o die Marktanreizförderung für Biomasse, Biogas, Geothermie.

Forschung und Entwicklung: An die Stelle von wenigen Projekten und Modellvorhaben müssen Forschungs- und Entwicklungsaufträge treten mit dem Ziel, Verfahren und Technologien marktfähig zu machen. Dazu gehören beispielsweise:

- o Biogasreinigungsanlagen zur Einspeisung ins Erdgasnetz,
- o Erprobte Technologien im Bereich von Biogas- und Biomasse,
- o Kombinierten Anlagenbau zur Optimierung wie beispielsweise die Verbindung von Photovoltaik und Hackschnitzelgenerator,
- o Dezentrale Vorzeige Anlage im Bereich der KWK wie vielfältig einsetzbare Blockheizkraftwerke und Brennstoffzellen,
- o Optimierung der vorhandenen Technologien,
- o Impulse zur Treibstoffminderung im Verkehr, zum Beispiel das Institut für Kraftstoffsystemtechnik in Coburg,
- o Ausbau der Verkehrslogistik und der Verkehrslenkung,
- o Erstellung von regionalen und kommunalen Konzepten auf der Basis von Potentialen und Bedarf,

- o Technologie- und Knowhow-Transfer zu Architekten, Ingenieure, Anlagenbauern, Mittelstand, Handwerk, Finanzinstituten sowie kleinen und mittleren Unternehmen.

Information, Beratung, Aus- und Fortbildung: Die Informationen über zukunftsgerichtetes Handeln im Energiesektor kommen nur zögerlich bei den Akteuren und bei den Verbrauchern an. Hier muss Bayern aktiv werden:

- o finanzielle Unterstützung für den flächendeckenden Aufbau und Ausbau sowie den Betrieb von Energieagenturen und Projektmanagement-Stellen mindestens auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte,
- o Fortbildungsangebote für Handwerk, Architekten, Ingenieure, Energieberater etc. über die Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien,
- o vergleichende Angebotslisten von Fahrzeugen, Geräten, Maschinen und Gebäudebau-Verfahren für die Verbraucher,
- o Klimaschutz und richtiges energetisches Verhalten als verpflichtendes Bildungsangebot bis hin zur Erwachsenenbildung,
- o Erarbeitung neuer Ausbildungsberufe – wie den Solateur - und Ausbildungs-Module.

Abbau von bürokratischen Hemmnissen:

- o Schluss mit der ideologisch motivierten Gegnerschaft zur Windkraft,
- o Landeseinheitliche Genehmigungskriterien für Windkraft, Biomasse, Biogasanlagen, Wärmepumpen, Photovoltaik-Felder.

Kommunale Energiekonzepte und Renaissance des Genossenschaftsgedankens: Wir wollen Energiebedarfs-, Energiepotential- und Energieentwicklungspläne auf Regional- und kommunaler Ebene erstellen. Dabei setzen wir sehr stark auf die Kommunen und ihre Stadtwerke, die in Bayern verlässliche Partner sind, weil sie ihre Energiepolitik auf Nachhaltigkeit ausrichten. Mit Unterstützung aus Landesmitteln werden wir die Energiepolitik auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte voranbringen. Wir wollen Bestandsaufnahme über die vorhandenen Einspar- und Energieerzeugungspotentiale machen. Daraus entstehen dann Energiebereitstellungs- und -versorgungskonzepte, die regelmäßig auf ihre Brauchbarkeit überprüft werden. Ziel ist, die eigenen Potentiale der Region zu nutzen, weitere Fortschritte in Richtung „energieautark“ zu machen und dezentrale, dem Bedarf angepasste Strukturen schaffen.

Gleichzeitig wollen wir den Genossenschaftsgedanken fördern – zum Beispiel bei Landwirten und Waldbesitzern, in denen sie gemeinsam Anlagen – Hackschnitzel, Holzpellets-erzeugung, Biogasreinigung – zur „Veredelung“ ihrer Produkte betreiben. Nur so bleibt der Gewinn bei ihnen und in der Region.

Zukunftsenergie: Jobmotor und Klimaretter.

Der Dreiklang aus Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ist nicht nur Klimaretter, sondern auch Jobmotor. Wenn die Weichen richtig gestellt werden, kann Bayern in 20 Jahren die effiziente Volkswirtschaft werden: 150 000 neue hochqualifizierte neue Arbeitsplätze im Freistaat, blühender Mittelstand, Innovationsweltmeister und hohe Exportfähigkeit. Verschiedene Untersuchungen belegen dieses gewaltige Potential zur Schaffung

neuer Arbeitsplätze in Bayern, das sich aus der Wärmedämmung in Gebäuden, der Vermeidung von „Energiefressern“, höhere Energieeffizienz und den Einsatz Erneuerbarer Energien ergibt.

Freuen kann sich auch das Klima: Der Energieverbrauch kann in Bayern bis 2020 um 25 Prozent zurückgehen; das realistische Ausbaupotential erneuerbarer Energien liegt bis dahin ebenfalls bei 25 Prozent. Zusammen mit Kraft-Wärme-Koppelung und höherer Energieeffizienz liegen wir damit sogar insgesamt bei 60 Prozent. Damit ist die deutsche Zielmarke, die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent abzusenken, bis 2020 erreichbar.

Atomkraft blockiert den notwendigen Strukturwandel.

Atomkraft und Energiesparen sind für uns ein Widerspruch in sich. Atomenergie ist nur als Grundlast und in zentralen Strukturen einsetzbar. Diese Eigenschaften führen, vor dem Hintergrund nur unvollständig erfasster Gesamtkosten der Atomenergie, zu einem verschwenderischen Umgang mit dem wertvollen Energieträger Strom. Im Straßenverkehr mit seinen wachsenden CO₂-Emissionen kann Atomenergie keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wer auf Atomkraft setzt, blockiert Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Wer auf Atomkraft setzt, verhindert Energiesparen. Wer auf Atomkraft setzt, verlässt sich auf eine Hochrisikotechnologie und erzeugt Berge von Atommüll, der Tausende von Jahren strahlt.

Für uns gilt der Koalitionsvertrag: Ja zum Atomausstieg ohne neue Reaktoren und Verlängerung der Restlaufzeiten! Dieser Ausstieg nach dem Atomkonsens ist in höchstem Maße nachhaltig, weil er den Einsatz der Atomkraft befristet, ohne dass Reparationsleistungen an die Kernkraftwerksbetreiber gegeben und damit neue Schulden (= Neue Belastungen für künftige Generationen) gemacht werden müssen.

Bayern muss sich endlich auf den Ausstieg vorbereiten, wie dies andere Bundesländer bereits begonnen haben.